

Als im Jahre 1958 die Lebensmittelkarten abgeschafft wurden, wurde die Frage ihrer weiteren Notwendigkeit akut. In einer neuen gemeinsamen Richtlinie des Büros des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front und des damaligen Staatssekretärs für die Anleitung der örtlichen Räte<sup>20</sup> wird diese eindeutig bejaht.

Als ihre Aufgabe wird darin die Hilfe genannt bei »1) der politischen Aufklärung der Bevölkerung über die Perspektiven unseres sozialistischen Aufbaues, über die Maßnahmen der Regierung zur weiteren Erhöhung des Lebensstandards, über die Politik des Friedens und über den Weg zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands; 2) den Leitungen der Haus- und Hofgemeinschaften der Nationalen Front durch aktive Mitarbeit und ihr Auftreten in den Hausversammlungen und bei den individuellen Aussprachen mit den Hausbewohnern, um die Bewohner der Häuser zu festen sozialistischen Hausgemeinschaften zusammenzuschließen«.

Außerdem sollen sie den Abgeordneten, den staatlichen Organen und ihren Kommissionen, indem sie diese auf zu lösende Aufgaben aufmerksam machen, Vorschläge, Kritiken und Hinweise der Hausbewohner mitteilen und ihnen bei der Verwirklichung aller Aufgaben helfen, ferner die Hausbewohner für die aktive Mitarbeit im Nationalen Aufbauwerk gewinnen, sie insbesondere an der Aufstellung und Durchführung der Stadt- und Dorfpläne interessieren und sie für die freiwillige Hilfe bei Pflege- und Erntearbeiten in der Landwirtschaft mobilisieren und schließlich die Hausbewohner über die Sprechstunden der Abgeordneten und der staatlichen Organe informieren, damit alle Bürger ihre Wünsche, ihre Vorschläge und Beschwerden dort persönlich vortragen können. In einem gewissen Umfange werden sie auch zur Überwachung eingesetzt. Sie haben nach der Richtlinie von 1958 die Befugnis, die Hausbücher, die von den Hauseigentümern und -Verwaltern zu führen sind und in die jeder Einwohner und jeder übernachtende Besuch einzutragen ist, einzusehen.

Das System der Hausvertrauensleute ist praktisch nur von begrenzter Bedeutung.

## II. Parteien und Massenorganisationen

### Literatur:

*Fred Durke*, Das Mehrparteiensystem in der Deutschen Demokratischen Republik - ein schöpferischer Beitrag zur Bündnispolitik des Sozialismus, Der Nationale Demokrat, Berlin (Ost), 1963, S. 621 - *Herrning Frank*, Die Blockparteien der SED, Schriftenreihe des Deutschlandfunk, Heft 7/1969 - *Manfred Gerlach*, Bündnispolitik und Verfassungsrecht, StuR 1968, S. 1543 - *den./Kurt Wünsche*, Die Rolle der LDPD im Mehrparteiensystem seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, StuR 1964, S. 1728 - *Ekkehart Krippendorf*, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone 1945/1948, Düsseldorf, 1959 - *Roderick Kübbach/Helmut Weber*, Parteien und Blocksystem der DDR, Aufbau und Funktion der LDPD und der NDPD, Köln, 1969 - *Peter Joachim Lapp*, Die Blockparteien in der DDR, Beiträge zur Konfliktforschung 1980, Heft 3, S. 103 - *Carola Luge/Richard Mand*, Rechtliche Probleme der Organisation und Tätigkeit gesellschaftlicher Organisationen, StuR 1977, S. 690 - *Seigfried Mampel*, Die rechtliche Stellung des FDGB im Gefüge der öffentlichen Gewalt und der Wirtschaft der SBZ, ROW 1962, S. 89, 133 = Beiträge zum Arbeitsrecht, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin, 1963; *den.*, Die SED im mate-

<sup>20</sup> Richtlinien für die Arbeit der Haus- und Straßenvertrauensleute vom 25. 2. 1958 (in einem amtlichen Verkündungsblatt nicht veröffentlicht).